

Verfahrensvermerke

Geometrische Eindeutigkeit Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig. Die Planunterlage entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBI. I 1991 S.58).

Brilon, den 20.05. 2010 Kesvernessungslitektor

zugänglich gemacht.

zum 15.03.2010 gebeten.

Brilon, den 30.04.2010

Cor we

Der Bürgermeister

Sie wurden um Abgabe einer Stellungnahme bis

Aufstellung Der Rat der Stadt Brilon hat in seiner Sitzung am 27.05.2008 die Aufstellung dieses Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes (VhBPI) Nr.132 auf der Grundlage eines Vorhaben- und Erschließungsplanes (VEP) und damit die Einleitung des Verfahrens auf Antrag des Vorhabenträgers (VET) vom 30.04.2008 gemäß § 2 (1) i.V.m. §12 BauGB beschlossen

Der Beschluss ist entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Brilon am 03.06.2008 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Brilon, den 30.04.2010 ywew Der Bürgermeister



Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (1) Satz 1 BauGB wurde aufgrund des Ratsbeschlusses vom 27.05.2008 durch

eine Bürgerversammlung am 20.08.2009 durchgeführt.

Der Beschluss ist entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Brilon am 23.07.2009 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Brilon, den 30.04.2010

Der Bürgermeister





Frühzeitige Beteiligung der Behörden

Die Vorentwürfe dieses VhBPI und der Begründung

wurden den Behörden, Nachbargemeinden und

sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 (1)

Satz 1 BauGB am 29.10.2009 zur Unterrichtung und

Äußerung- auch im Hinblick auf den Umfang der

Umweltprüfung- zugesandt (Scopingverfahren). Sie

wurden um Abgabe einer Stellungnahme bis zum

Beteiligung der Öffentlichkeit (Offenlegung)

Die Entwürfe dieses VhBPI nebst der Begründung mit Umweltbericht, seiner Bestandteile und Anlagen sowie die wesentlichen umweltbezogenden Stellungnahmen haben gemäß § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 15.02.2010 bis 15.03.2010 im Rathaus öffentlich ausgelegen.

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche umweltbezogenden Informationen verfügbar sind, sind entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Brilon am 03.02.2010 ortsüblich bekanntgemacht worden.

person Der Bürgermeister



Durchführungsvertrag Beteiligung der Behörden Die Entwürfe dieses VhBPI nebst der Der Durchführungsvertrag zu

Begründung mit Umweltbericht sowie seiner diesem VhBPI wurde gemäß § 12 (1) BauGB vor Satzungs-Bestandteile und Anlagen wurden den Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen beschluss am 14.04.2010 Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 (2), § 4 zwischen dem VET und der a i.V.m. § 2 (2) BauGB am 11.02.2010 Stadt Brilon geschlossen. zugesandt bzw. über das Internetportal der

Brilon, den 30.04.2010 Stadtplanungsabteiliung der Stadt Brilon





Abwägung und Satzungsbeschluss Der Rat der Stadt Brilon hat in seiner Sitzung am 29.04.2010 über die eingebrachten Stellungnahmen aus allen Beteiligungsverfahren beraten, die Abwägung der Belange

gemäß § 1 (7) BauGB bechlossen und diesen VhBPI, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, gemäß §10 BauGB als Satzung und die Begründung mit Umweltbericht sowie die zusammenfassende Erklärung nach § 10 (4) BauGB beschlossen.

Ausfertigung
Dieser VhBPI, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, wird hiermit ausgefertigt.

30.11.2009 gebeten.

Brilon, den 30.04.2010

Bekanntmachung und Inkrafttreten Der Satzungsbeschluss sowie der Hinweis auf Ort und Zeit der Einsichtsmöglichkeit dieses VhBPI nebst Begründung mit Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung sind gemäß § 10 (3) BauGB am ... 24. 06. 20/10. entsprechend der Hauptsatzung der Stadt Brilon ortsüblich bekanntgemacht worden.

Gemäß § 10 (3) BauGB tritt dieser VhBPI mit der Bekanntmachung in Kraft.

Der Bürgermeister

Brilon, den .25.06.2010



Der Gesamtplan besteht aus dieser Bebauungsplanzeichnung und der Begründung. Diesem Plan entgegenstehende Fetsetzungen werden außer Kraft gesetzt.

Kartengrundlage: automatisierte Liegenschaftskarte (ALK) des Hochsauerlandkreises.

Erklärung der Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches gem. § 9 (7) BauGB Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen

gem. § 9 (7) BauGB Grenze des Vorhaben- und Erschließungsplanes

Art und Maß der baulichen Nutzung gem. § 9 (1) Nr. 1 BauGB

Sondergebiet, Zweckbestimmung regenerative Energienutzung gem. § 11 (1) BauNVO

gem. §§ 16 + 18 BauNVO

zulässige Gesamthöhe der baulichen Anlagen (gemessen an OK anstehendem Gelände)

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche gem. § 23 BauNVO

gem. § 23 BauNVO

-- überbaubare Grundstücksfläche nicht überbaubare Grundstücksfläche gem. § 23 (1) BauNVO (i.V.m. textl. Festsetzung Nr. 1)

Flächen zum Anpflanzen und Erhalten von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 (1) 25 BauGB

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 (1) 25 a BauGB (i.V.m. textl. Festsetzung Nr. 2+3)



Flächen zum Anpflanzen und Erhalten von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 (1) 25 b BauGB (i.V.m. textl. Festsetzung Nr. 4)

Sonstige Darstellungen

Grenze vorhandener Flurstücke mit Flurstücksnummer



vorhandene Solaranlage

geplante Solaranlage

II. Textl. Festsetzungen

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche gem. § 23 BauNVO

Die nicht bebaute Fläche ist als extensiv genutzte Wiese (Schafbeweidung oder 2-schürige Mahd mit Abtransport des Mähgutes) auszubilden. Der Einsatz synthetischer Dünger- und Pflanzenschutzmittel sowie von Gülle ist nicht zulässig. Entwicklungsziel:

Flächen zum Anpflanzen und Erhalten von Bäumen und Sträuchern gem. § 9 (1) 25 BauGB

- 2. Auf der mit M 1 gekennzeichneten Fläche (Nordrand der Parzelle 152) ist ein Gehölzstreifen aus standortgerechten heimischen Gehölzen anzulegen bzw. eine natürliche Sukzession (mit Weiden) zuzulassen.
- . Auf der mit M2 gekennzeichneten Fläche ist ein Gehölzstreifen aus standortgerechten heimischen Gehölzen anzulegen. Vereinzelt können Hochstämme (heimische Laubbäume) gepflanzt werden.
- 4. Auf der mit M3 gekennzeichneten Fläche ist eine natürliche Sukzession zuzulassen. Der Böschungsbewuchs ist zu erhalten und zu pflegen.

III. Hinweise

Bodendenkmalpflege

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, das heißt Mauern, alte Gräber, Einzelfunde, aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen, Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Stadt Brilon als Untere Denkmalbehörde und/oder dem Westf. Museums für Archäologie / Amt für Denkmalpflege, Außenstelle Olpe unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unveränderten Zustand zu erhalten (§§15 und 16 Denkmalschutzgesetz NW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird.

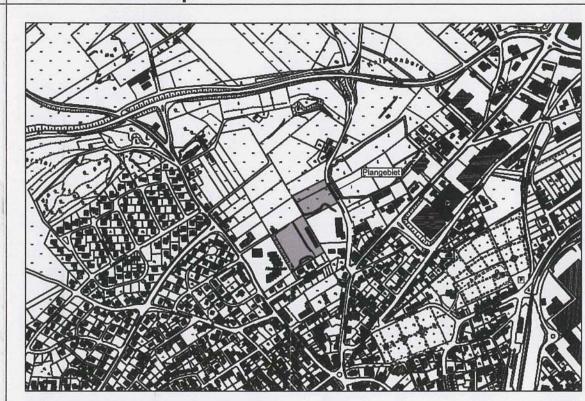
Kampfmittel

Weiterhin ist aufgrund des Erlasses des Innenministers vom 21.01.1998, VC3-5, 115 und des Erlasses des Ministers für Bauen und Wohnen vom 29.10.1997, II A 3-100/85 zur Anwendung der Nr. 16122 VV BauO NW bei Baugenehmigungen auf folgendes hinzuweisen:

Sind bei der Durchführung des Bauvorhabens beim Erdaushub außergewöhnliche Verfärbungen festzustellen oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und die Stadt Brilon als örtliche Ordnungsbehörde (Tel.:02961/794210, Telefax: 02961/794208) und/oder die Bezirksregierung in Arnsberg Staatlicher Kampfmittelräumdienst (Tel.: 02331/69270, Telefax: 02331/6927-3898) zu verständigen.

Sollten sich bei den Baumaßnahmen Hinweise auf eine Belastung des Bodens, der Bodenluft oder des Grundwassers ergeben, ist die Untere Abfallbehörde des Hochsauerlandkreises (Tel.: 0291/94-0) unverzüglich zu informieren.

Übersichtsplan



Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBI. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 24.12.2008 (BGBI. I.S. 3018) in der zur Zeit geltenden Fassung.

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBI. 1991 I.S. 58) in der zur Zeit geltenden

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. I. S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBI. I.S. 466) in der zur Zeit geltenden Fassung.

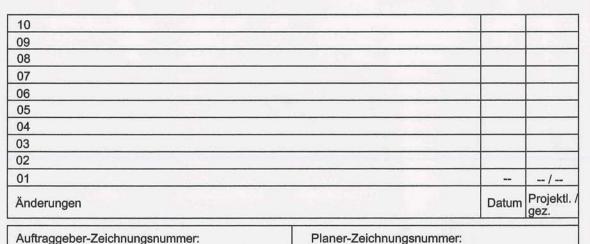
Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW. S.380) in der zur Zeit geltenden Fassung.

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 28.10.2008 (GV NRW S. 644) in der zur Zeit geltenden Fassung.

Präambel

Aufgrund der §§ 7 und 41 GO NRW und des § 10 BauGB hat der Rat der Stadt Brilon in seiner Sitzung am 29.04.2010 den planungsrechtlichen Teil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Brilon Nr. 132 "Solarpar / Photovoltaikanlage für Freiflächenanlagen" als Satzung und die Begründung mit Umweltbericht beschlosser

vorhabenbezogener Bebauungsplan Brilon-Stadt Nr. 132 "Solarpark / Photovoltaikanlage für Freiflächenanlagen"



279-001-00-B4-01-00-00

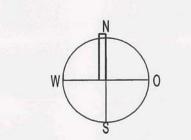
Satzungsexemplar

Der Auftraggeber : Klaus Kraft Xaveriustr. 6 59929 Brilon In Abstimmung mit: Stadt Brilon

Am Markt 1

59929 Brilon





Plotname 279-001-00-B3-01-00-00.plt Auftraggeber Stadt Brilon Datum 26.01.2010 Projektleiter: Ca gez.: Vö

Am Markt 1 59929 Brilon

Maßstab 1:1000

Brilon-Stadt Nr. 132 "Solarpark / Photovoltaikanlage für Freiflächenanlagen" vorhabenbezogener

Interne Grundlagen-Nr.

Bebauungsplan (VhBPI)

vorhabenbezogener Bebauungsplan



Königlicher Wald 7 33142 Büren Telefon 02951 / 9815-0 Telefax 02951 / 9815-50